

Gerechte Bezahlung ist noch immer ein Problem

Typische Frauenjobs aufwerten

Die Benachteiligung von Frauen ist so alt wie die menschliche Kultur. Schon vor rund 5000 Jahren, als die Sumerer die erste Schrift und die erste Geld erfunden haben, wurde der geringere Wert der Arbeit einer Frau festgehalten. Damals war eine Sila das Maß, das etwa einem Liter Gerstenerkorn entsprach. Während ein Arbeiter 60 Silas pro Monat verdiente, bekam eine Arbeiterin nur die Hälfte. So berichtet es der Historiker Yuval Noah Harari in seiner kurzen Geschichte der Menschheit.

Bis heute hat sich an diesem Befund nicht viel geändert. Das Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts vom 18. Februar 2023 hat das wieder drastisch aufgezeigt. Frauen verdienen in Deutschland noch immer 18 Prozent weniger als Männer. Was für ein Fortschritt in fünf Jahrtausenden! In Europa mit einem Durchschnitt von 13 Prozent ist das der dritthöchste Rückstand, nur in Estland und Lettland bekommen Frauen weniger Durchschnittslohn als in der reichen Bundesrepublik. Seit 1995 ist das Lohndefizit nur um 3 Prozentpunkte gesunken. Geht es in diesem Tempo weiter, dauert es 150 Jahre, bis der Verfassungsauftrag erfüllt ist. Dabei geht es den Frauen in Bayern noch schlechter. Hier verdienen sie in Vollzeit 600 Euro im Monat weniger als im übrigen Westdeutschland. Der Freistaat liegt mit 21 Prozent noch über dem Bundesdurchschnitt – auf dem Niveau der Schlussrichter Europas im Baltikum.

Unter 1000 Euro Rente

Das hat auch fatale Auswirkungen auf die Altersversorgung. Millionen Frauen drohen in die Altersarmut zu rutschen. Sieben Millionen Frauen arbeiten in Vollzeit, zahlen jahrzehntelang Rentenbeiträge ein – und über ein Drittel von ihnen steht auch nach 40 Arbeitsjahren am Ende mit einer Rente von weniger als 1000 Euro netto da. Der Rückstand gegenüber Rentnern beträgt dann sogar 30 Prozent für die Rentnerinnen. Das sind vor allem für Frauen in Bayern erschreckende Aussichten, nachdem hier schon jetzt die höchste Altersarmut bundesweit herrscht, die durch die Inflation noch weiter ansteigt.

Dessen ungeachtet „bereinigen“ Politiker*innen gerne den Lohnrückstand der Frauen mit dem Hinweis, dass sie häufiger als Männer in Teilzeit mit niedrigen Stundenlöhnen oder in Berufen arbeiten, in denen schlechter bezahlt wird und sie seltener Führungspositionen erreichen. Bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation bekämen Frauen „nur“ 7 Prozent weniger Geld als ihre Kollegen.



Machten vor Kurzem auf die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen aufmerksam (von links): Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi und Antidiskriminierungsbeauftragte Ferda Ataman.

Damit geben sie den Frauen selbst die Schuld, wenn sie weniger verdienen. Warum arbeiten sie nicht in Vollzeit oder als Ingenieurin oder IT-Fachkraft? Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel der Teilzeit-Frauen Mütter mit Kindern sind, die ohnehin die Last tragen, Arbeit und Erziehung vereinen zu müssen, mutet das zynisch an.

Es sind zu 80 bis 90 Prozent Frauen, die den Unterricht an Grundschulen, die Betreuung in Kitas und Kindergärten, die Pflege in Krankenhäusern und Altenheimen gewährleisten und darüber hinaus im Haushalt die Erziehung und Fürsorge für die Kinder übernehmen. Das sind alles Tätigkeiten, die im Gegensatz zu technischen Berufen unmittelbar an und für Menschen erbracht werden. Die Humanberufe werden allesamt zu gering oder gar nicht honoriert. Niemand braucht sich zu wundern, wenn sich Frauen in Scharen von diesen Tätigkeiten abwenden. Anstatt für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen, fällt der Politik in Bayern nichts Besseres ein als längere Arbeitszeiten und eine hilflose „Experimentierklausel“ mit Großgruppen und Großmüttern in den Kitas.

Es gehört zum Erbe neoliberaler Denkungsweise, dass der Dienst am Menschen weniger geschätzt wird als Tätigkeiten, die unmittelbar zu Profit und Wachstum beitragen. Vorsorge und Fürsorge, die zunächst lediglich Kosten und erst später einen Ertrag bringen, rangieren auf der Skala der wirtschaftlichen Effizienz ganz unten. Eine fundamentale Regel der Marktwirtschaft besagt, ein knappes Angebot bedinge höhere Preise. Für die vorsorgende, fürsorgende, erziehende, betreuende, bildende

und pflegende Tätigkeit gilt das offenbar nicht.

Diese Benachteiligung von Frauenarbeit steht im Gegensatz zu einer Grundnorm unserer Verfassung, die wie beim Mindestlohn nicht nur die Sozialpartner, sondern auch den Staat betrifft. Das gilt im Bund wie in Bayern. Das Grundgesetz hat seit 1949 Männer und Frauen für gleichberechtigt erklärt, jede Benachteiligung verboten und den Staat verpflichtet, auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Doch das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz von 1980 war lediglich ein Appell an das Wohlverhalten der Vorgesetzten. Auch das seit 2017 bestehende Gesetz zur Entgelttransparenz ist zu schwach, um Frauen zu schützen, weil es Auskunftsrechte zum Gehalt nur in Unternehmen ab 200 Beschäftigten vorsieht.

Eine neue Richtlinie der EU soll jetzt alle Unternehmen erfassen und jährliche Berichtspflichten einführen. Weitgehend folgenlos ist bisher auch Artikel 118 der Bayerischen Verfassung geblieben. Er fordert den Freistaat auf, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Auf diese Verfassung haben jeder Ministerpräsident und alle Kabinettsmitglieder in Bayern ihren Amtseid abgelegt. Doch die Umsetzung des Verfassungsgesetzes, die Nachteile für Frauenarbeit zu beseitigen, wurde auch vom Freistaat nicht vorangetrieben.

In den Grundsatzprogrammen der CSU kommt zwar regelmäßig auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau vor. Diese zielt im Wesentlichen darauf, die Leistungen als Hausfrau und Mutter an-

gemessen zu würdigen. Erziehungsgeld und die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rente sind Beispiele dafür. Lediglich Edmund Stoibers Programm von 1993 enthielt die Forderung nach einer „finanziellen Aufwertung der traditionellen Frauenberufe“. Drei Jahre später kam es in Bayern zum Gesetz über die Gleichstellung von Frauen und Männern, wenn auch nur im öffentlichen Dienst.

CSU hat Vorbildfunktion

Im seinerzeitigen Grundsatzprogramm wurde auch festgestellt: „Der CSU kommt eine Vorbildfunktion zu, die sich auch in der Ämter- und Mandatsverteilung äußern muss.“ Auch das blieb ohne signifikante Folgen. Eine „weiblichere“ CSU hatte Markus Söder schon nach seiner Wahl zum Parteichef angekündigt. Das hat der Widerstand der Basis verhindert, aus der der Ruf erklang: „Nur über meine Leiche“. Das liegt auch daran, dass Frauen in der Partei eine kleine Minderheit sind: Von den rund 135 000 CSU-Mitgliedern sind aktuell 22 Prozent weiblich. Auch in der Landtagsfraktion der CSU beträgt der Frauenanteil an den 85 Abgeordneten nur 21,2 Prozent. Selbst in den Chefetagen staatlicher Beteiligungen ist diese Quote nicht größer.

Die zu Beginn des letzten Jahres ausgerufenen neue „Freiheitsphilosophie“ weist eher auf ein archaisches Frauenbild. Das Singen des sexistischen Liedes Layla auf der Wiesn hat man verteidigt: „Jeder soll seinen können, was er will“ – und sei es auch frauenverachtend. Auch alle sollen sagen können, was er will – man kann sich ja hin-

terther entschuldigen. So beispielsweise geschehen mit der Empfehlung beim Empfang des Königintags in der Klosterkirche in Traunstein: „Erscheinen Sie einfach im Bikini oder im String. Dann wird es kühl. Aber die meisten werden ja so ausgestattet sein.“ Dass auch die guten Sitten eine verfassungsrechtliche Grenze für die Freiheit darstellen, sollte eigentlich bekannt sein.

Anders klingt es bei den Frauen in der CSU. „Wir sollten uns auf das Wesentliche konzentrieren, auf den Kampf um praktische Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Alltag“, so die stellvertretende CSU-Vorsitzende Bär 2019: „Wir sind noch weit weg von Gleichberechtigung.“ Und Ulrike Scharf, Chefin der CSU-Frauenorganisation, hat recht, wenn sie im September 2022 erklärt: Es gehe „bei der Gleichstellung und der Mobilisierung junger Frauen um eine Überlebensfrage unserer Volkspartei“.

Ob sie allerdings von der erdrückenden Mehrheit der meist älteren Männer in ihrer Partei geteilt wird, wird sich im neuen Grundsatzprogramm und im Wahlprogramm der Partei zeigen. Richtig ist, dass mit einer geschlechtergerechten Sprache keiner Frau geholfen wird. Das Gendern schafft nur unnötige Angriffsflächen und löst keine Probleme. Der wahre Prüfstein für eine effektive Frauenpolitik ist der Einsatz für eine finanzielle Aufwertung der Frauenarbeit, wie sie Edmund Stoiber schon vor drei Jahrzehnten gefordert hat. Damit die Tradition der Sumerer endlich beendet wird.

> RUDOLF HANISCH

Der Autor war von 2005 bis 2009 Vorstandsvize der BayernLB und Staatskanzleichef unter Ex-Ministerpräsident Edmund Stoiber.

Doppelstrukturen abbauen: Aus für Schöllner in Nürnberg

Einmal war Schöllner aus Nürnberg einer der größten Speiseeishersteller, zuletzt war von der Traditionsmarke nur noch ein Verwaltungsstandort in der Stadt übrig geblieben: Nun soll auch dieser bis Ende 2024 schließen. Davon betroffen seien rund 150 Mitarbeitende, teilte der internationale Speiseeishersteller Froneri (Hauptsitz in Leeming Bar in Großbritannien) mit, zu dem der Standort gehört. Kritik kommt am Donnerstag von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Diese will sich nun zusammen mit Betriebsrat und Betriebschaft dagegen wehren.

Froneri Deutschland begründete den Schritt in einer Pressemitteilung damit, Doppelstrukturen abzubauen und sich künftig auf einen Hauptstandort in Osnabrück konzentrieren zu wollen. „Wir sind im Dialog mit dem Betriebsrat und unterstützen die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz“, hieß es darin.

Die Schließung von Froneri Schöllner in Nürnberg sei nicht nachvollziehbar, kritisierte NGG-Regional-Geschäftsführerin Regina Schleser. Es gebe zwar doppelte Strukturen, diese könne man aber abbauen, ohne die Beschäftigten an einem Platz zu konzentrieren. Die Verwaltungstätigkeiten könne man außerdem per Telefon und Computer erledigen. „Da spielt es keine Rolle, wie nah man an der Produktion ist.“ Ein Grund für die Konzentration in Osnabrück könne dagegen sein, dass der Betrieb dort nicht tarifgebunden sei, meint sie. > DPA

Alarm der Verbände: Wohnungsneubau vor dem Kollaps

Die Wohnungsbauwirtschaft hat vor einem Absturz des Wohnungsneubaus gewarnt und eine Milliardenförderung vom Bund gefordert. „Wenn jetzt nichts passiert, dann gibt es beim Wohnungsbau keine Talfrucht, dann erleben wir beim Neubau von Wohnungen einen regelrechten Absturz“, sagte Dietmar Walburg vom Bauforschungs-Institut ARGE (Kiel) am Donnerstag beim Wohnungsbaugang in Berlin. Bis 2025 seien nach Angaben der Verbände rund 50 Milliarden Euro notwendig, um 100 000 Sozialwohnungen pro Jahr bauen zu können. Die Ampelparteien hatten in ihrem Koalitionsvertrag den Bau von 400 000 Wohnungen, davon 100 000 Sozialwohnungen, verankert. Ähnlich wie bei der Bundeswehr sollte auch der Bauwirtschaft das Geld als Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden, forderten die Verbände. Zudem müsse über eine Aufstockung von bereits bestehendem Wohnraum oder Supermärkten und niedrigeren Standards beim Bau nachgedacht werden. > DPA

Förderverein Wirtschaft der Europäischen Metropolregion Nürnberg feierte Zehnjähriges

Wirtschaftskraft wie Ungarn

Im neuen Studio des Bayerischen Rundfunks in Nürnberg feierte vor Kurzem der Förderverein Wirtschaft für die Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) seinen zehnten Geburtstag. Klaus Wübbenhorst als Vorsitzender des Fördervereins würdigte dabei die vorbildliche Kooperation zwischen Wirtschaft und Politik.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hob die enorme Bedeutung der EMN für den Freistaat und für ganz Deutschland hervor. Nach anfänglicher Skepsis mancher Städte und Landkreise bei der Gründung der EMN gebe es inzwischen an ihrer Funktion und Bedeutung keine Zweifel mehr. Herrmann wünschete den anwesenden Unternehmen gute Erträge und freute sich

schon auf wachsende Steuereinnahmen.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) betonte, dass es in Deutschland gegenwärtig elf Metropolregionen gibt und dass die EMN mit 3,5 Millionen Einwohnern und 150 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt über eine ebenso große Wirtschaftskraft verfügt wie Ungarn. Mit Stolz stellte er fest, dass Obertrubach (Landkreis Forchheim) der geografische Mittelpunkt der EMN ist.

EMN-Geschäftsführerin Christa Ständecker unterstrich die breite Branchenstruktur, die hohe Innovationskraft, die Spitzenstellung bei Patentmeldungen und die sehr gut ausgeprägte Kooperationskraft. Außerdem liege die Ex-

portquote der Wirtschaft in der EMN bei nahezu 50 Prozent, was auf eine sehr gute Wettbewerbsfähigkeit deute.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden noch zwei langjährige Mitstreiter der EMN geehrt. So würdigte der EMN-Ratsvorsitzende und Bambergers Landrat Johann Kalb (CSU) seinen Rother Landratskollegen Herbert Eckstein (SPD) für dessen langjährigen Einsatz für das Projekt „Original Regional“. Erlangens Ex-Oberbürgermeister Siegfried Balleis (CSU) wurde für seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender des Forums Wirtschaft und Verkehr der EMN und auch als Ratsvorsitzender der EMN in der Nachfolge von Nürnbergers Ex-Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) gewürdigt. > B52

Wer sie liest, profitiert. Bayerische-Staatszeitung.de

Das Beste aus Bayern auf Ihrem Tablet, Smartphone oder Desktop

Lesen Sie jede Woche was Bayern bewegt: Politik, Landtag, Wirtschaft, Kommunales, Kultur und Ausschreibungsbekanntmachungen aus Bayern.

Info unter: bsz.de/epaper

BSZ Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger